

Zwischen Unzufriedenheit und Gegnerschaft

Einstellungen und Engagement in der Energiewende

Simon Teune

Einleitung

Die Energiewende, der Umbau der Energieversorgung von der fossilen und nuklearen Erzeugung zu erneuerbaren Energiequellen wie Sonnenenergie, Wind und Biogas, wird von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit unterstützt. Aber diese Unterstützung ist in Teilen fragil und die konkrete Umsetzung der Energiewende ist durchaus umstritten. Als großes gesellschaftliches Transformationsprojekt ist die Energiewende ein Konfliktfeld, auf dem unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Interessen und Positionen aufeinandertreffen. Konflikte spielen sich dabei auf verschiedenen Ebenen ab. Die Energiewende ist Arena für allgemeine und sehr spezifische Auseinandersetzungen, die voneinander unabhängig sein können, sich aber auch verstärken können. Aus der Kritik an der Aufstellung einer Windkraftanlage kann sich eine grundsätzliche Ablehnung der Energiewende entwickeln. Anders herum kann sich eine grundsätzlich ablehnende Haltung in eine sehr konkrete, mit technischen Details begründete, juristische Klage gegen ein Energiewendeprojekt übersetzen.

Zumindest ein kleiner Teil der Bevölkerung bezweifelt die Prämisse, dass es eine Ablösung fossiler Energiequellen braucht, um die Erderwärmung einzudämmen, weil sie diese Entwicklung grundsätzlich bestreitet oder zumindest anzweifelt. Über diese Gruppe hinaus gibt es aber auch breiter gestreute Zweifel an den ergriffenen Maßnahmen und ihrer politischen und technischen Umsetzung. Auch wenn zum Beispiel ein Großteil der deutschen Bevölkerung nach wie vor die Nutzung von Atomkraft ablehnt, spricht sich doch ein Teil gegen den Atomausstieg aus, unter anderem mit dem Argument, durch den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ließe sich ein schnellerer Ausstieg aus fossilen Energien umsetzen. Konflikte entstehen aber auch bei konkreten Energiewendeprojekten vor Ort, beim Neubau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen oder Stromleitungen. Hier stehen zum Teil konkurrierende Interessen und Gemeinwohlüter gegeneinander: auch wer die Energiewende im Prinzip befürwortet, kann aus Gründen des Naturschutzes oder aus Eigeninteresse, zum Beispiel wegen fallenden Grundstückspreisen, gegen neue Anlagen Widerspruch äußern.

In diesem Beitrag werden auf der Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2021 unterschiedliche Typen der Kritik an der Energiewende vorgestellt. Dabei werden verschiedene Argumentationsstränge in der Kritik sichtbar, aber auch stabilere Einstellungsmuster, die sich nicht nur auf die Energiewende, sondern auch auf andere Politikfelder und auf die Haltung zur Demokratie und ihren Institutionen beziehen. Insofern reiht sich die Diskussion über Konflikte um die Energiewende ein in den größeren Zusammenhang von politischer Kultur, Kritik und Protest gegen staatliche Politik.

Der Hintergrund: Konflikte um die Energiewende

Immer wieder haben Befragungen eine hohe allgemeine Zustimmung zur Energiewende gezeigt (vgl. Römer/Steinbrecher 2020; Rubik et al. 2019; Setton 2020; Sonnberger/Ruddat 2016; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Dabei war die Forschung zu Haltungen zur Energiewende lange geprägt von der Messung von Akzeptanz entsprechender Technologien und ihren Bedingungen (vgl. z. B. Fraune et al. 2019; Hübner et al. 2020; Sonnberger/Ruddat 2016). Auch mit Blick auf zahlreicher werdende Proteste gegen neue Windkraftanlagen stellte sich die Frage, wovon die Akzeptanz oder Ablehnung erneuerbarer Technologien abhängig ist. Dabei wurde betont, dass fehlende Akzeptanz nicht nur mit affektiver Ablehnung oder egoistischen Motiven begründet werden kann, sondern dass dahinter konsistente Einstellungsmuster stehen und dass Vertrauen in die Akteure und die Erwartung ökonomischer Vorteile die Akzeptanz erhöhen (vgl. Hübner et al. 2020). In einer Konstellationsanalyse der Geschichte des Ausbaus der Windenergie hoben Ohlhorst und Schön (2010) hervor, dass in unterschiedlichen Konfliktphasen verschiedene Konfliktkonstellationen im Vordergrund standen und über staatliche Eingriffe geregelt und institutionalisiert wurden: Technologie- und Strategiekonflikte, Interessen- und Machtkonflikte sowie innerökologische Zielkonflikte.

Die Proteste gegen Energiewendeprojekte waren als sichtbarster Ausdruck von Macht- und Zielkonflikten der Ansatzpunkt mehrerer Forschungsprojekte, die Konflikte um die Energiewende besser zu verstehen suchten. Frühe Studien zum Selbstverständnis der Protestierenden (vgl. Marg et al. 2013) wurden durch weiterführende Ansätze ergänzt. Forscher:innen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung kontrastierten in einer multiperspektivischen Analyse die Wahrnehmung verschiedener Konfliktparteien, aber auch unbeteiligter Anwohner:innen und Behördenvertreter:innen (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017). Das Bild wurde auch dahingehend ergänzt, dass Forschende die Proteste gegen Energiewendeanlagen zunehmend als Anzeichen von tiefer liegenden demokratischen und partizipativen Defiziten lasen (vgl. Eichenauer 2018). Die Konflikte seien nicht aus einer NIMBY¹-Haltung heraus zu verstehen, sondern sie verwiesen auf Konflikte ums Gemeinwohl (vgl. Messinger-Zimmer/Zilles 2016), um Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Holstenkamp/Radtke 2018) und demokratische Substanz (vgl. Krüger 2021). Dabei widmet sich die jüngste Forschung insbesondere den Anknüpfungspunkten von Energiewendekonflikten für rechtspopulistische und

1 Das Akronym NIMBY steht für »not in my backyard« (nicht in meinem Hinterhof).

extrem rechte Akteur:innen (vgl. Eichenauer et al. 2018; Quent/Richter/Salheiser 2022; Reusswig et al. 2021; Reusswig/Lass/Bock 2020). Die Autor:innen betonen, dass diese Akteur:innen Energiewendekonflikte strategisch nutzen, indem sie die Repräsentation der kritischen Position vereinnahmen.

Die Verteilung der Bevölkerung in verschiedene im Konflikt mehr oder weniger aktive Gruppen ist in verschiedenen Projekten modelliert worden. Ausgangspunkt waren dabei konkrete lokale Energiewendekonflikte. Hoeft et al. (2017) stellten Projektträger:innen und -gegner:innen gegenüber und ergänzten Perspektiven aus der Verwaltung und von im Konflikt Unbeteiligten. Reusswig et al. (2016: 11ff.) kreuzten die grundsätzliche Zustimmung zur Energiewende und die Haltung zu konkreten lokalen Projekten und konnten damit verschiedene diskursive Positionen unterscheiden, zum Beispiel energiewendepositive und energiewendekritische Projektgegner:innen. Gleichzeitig lassen sich in dieser Kategorisierung auch Bewegungen zwischen den Positionen konzeptualisieren, etwa der durch die Auseinandersetzung mit einem lokalen Projekt motivierte Übergang von der ambivalenten Beobachtung zur expliziten Ablehnung.

Während lokale Konflikte um Energiewendeprojekte und zur lokalen Akzeptanz mit qualitativen Ansätzen oder quantitativ mit kleinen Fallzahlen erforscht wurden, können größere repräsentative Befragungen das Bild der Konflikte um die Energiewende ergänzen. Wegweisend war dafür das am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) entwickelte Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende (vgl. Setton 2020), dessen Grundidee einer Panelbefragung zu Einstellungen gegenüber der Energiewende, einzelnen mit ihr verbundenen Maßnahmen und auf sie bezogenen Gerechtigkeitsvorstellungen in Folgeprojekten aufgegriffen wurde (vgl. Teune et al. 2021; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Diese Befragungen gaben nicht nur Einblick in die Motive von Gegner:innen der Energiewende, sondern sie zeigten auch unter Befürworter:innen zum Teil deutliche Kritik, vor allem in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten, soziale Gerechtigkeit und das Tempo der Umsetzung. Damit setzt sich auch in Bezug auf die Energiewende eine wesentliche politikwissenschaftliche Erkenntnis fort: auch grundsätzliche Kritik lässt sich nicht nur als Ausdruck von Eigeninteresse oder Systemopposition lesen, sondern kritische Bürger:innen sind eine wesentliche Ressource demokratischer Prozesse (vgl. Geißel 2011; Klein 2013). Ihre Kritik zu verstehen und ernst zu nehmen, ist eine Voraussetzung demokratischer Konfliktkultur.

In Weiterführung der Forschung zu Energiewendekonflikten und Einstellungen zur Energiewende stellt dieser Beitrag die Perspektiven unterschiedlicher Gruppen in dem Transformationsprozess gegenüber. Ziel ist es, diese Gruppen besser zu konturieren und ihre Rolle in den Konflikten besser zu verstehen. Der Blick auf die ganze Bandbreite von Haltungen zur Energiewende erlaubt zum einen gegenüber der bloßen Messung von Zustimmung ein erweitertes Bild. Eine generelle Zustimmung zum Ausstieg aus fossilen und atomaren Technologien kann sehr wohl mit Kritik an der Umsetzung dieses Vorhabens zusammengehen. Zum anderen ermöglicht er eine bessere Einschätzung der Kräfteverhältnisse in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Energiewende. Wer engagiert sich für eine Position und wer hält sich eher zurück? Wie stark sind die Beharrungskräfte und wie weit verbreitet sind kritische Haltungen unter denen, die sich noch kein abschließendes Urteil über die Energiewende gebildet haben?

Der Datensatz: der Demokon-Survey

Die Befragung, die der folgenden Analyse zugrunde liegt, wurde im Rahmen des Projektes »Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende« (Demokon) durchgeführt (siehe zu diesem Projektkontext auch die Beiträge von Kerker; Marg und Kuhlmann; Mokros und Schatzschneider sowie Reusswig, Lass und Bock; in diesem Band).² Dazu wurde das Meinungsforschungsinstitut Forsa beauftragt, aus ihrem omninet-Panel³ 2.000 Personen zu befragen, die für die deutsche Online-Bevölkerung ab 16 Jahren repräsentativ sind.⁴ Durch die Nutzung eines vorhandenen Panels ist der Anteil der angesprochenen Personen, die sich an der Befragung beteiligen, deutlich höher als bei anderen Methoden der Onlinebefragung.⁵ Für die Befragung wurden im Zeitraum vom 12. bis 28. Mai 2021 5.500 Personen aus dem omninet-Panel zufällig ausgewählt, zur Befragung eingeladen und gegebenenfalls erinnert. Vollständig ausgefüllt wurde der Fragebogen von bundesweit 2.012 Personen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 37 Prozent. Nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Einkommen kann die bundesweite Stichprobe für die Gesamtbevölkerung als repräsentativ betrachtet werden. Männer, ältere Jahrgänge und mittlere Einkommen sind allerdings leicht überrepräsentiert.

Der Fragebogen enthielt Fragen zur Einschätzung der Energiewende wie auch zu Wahrnehmungen und Erfahrungen mit Konflikten in Zusammenhang mit Energiewendevorhaben. Darüber hinaus wurden Fragen aus verschiedenen politikwissenschaftlichen Traditionen zu politischer Kultur, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und

-
- 2 Das Demokon-Projekt wurde vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung koordiniert und im Verbund mit fünf Partnern durchgeführt: der Hochschule Niederrhein, dem Göttinger Institut für Demokratieforschung, dem Institut Raum & Energie, dem Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung Potsdam (IASS) sowie der Universität Siegen. Das Projekt wurde von 2019 bis 2022 von der Stiftung Mercator gefördert. Die Befragung wurde vom IASS in Kooperation mit der Hochschule Niederrhein geplant und durchgeführt. Mehr Informationen zum Projekt unter <http://demokon.de>.
 - 3 Im forsa.omninet-Panel sind über 100.000 Personen registriert, die für Befragungen zur Verfügung zu stehen. Um Teilnehmende zu gewinnen, werden laufend Personen nach dem ADM-Telefonstichproben-System per Telefon angesprochen und zur Beteiligung eingeladen. Der Auswahlprozess nutzt zum einen ein bewährtes Verfahren der Zufallsauswahl. Zum anderen sind auch Internet-Wenignutzer:innen bzw. Teil-Offliner (z.B. Personen, die nur E-Mail, aber keine anderen Online-Dienste nutzen) im Panel vertreten. Nicht abgedeckt ist die Gruppe derjenigen, die das Internet überhaupt nicht nutzen. Das waren 2020 6 % der Gesamtbevölkerung, vor allem in den älteren Jahrgängen. Während die Internetnutzung bei den unter 50-Jährigen mittlerweile bei 100 % liegt, sinkt sie in der Altersgruppe ab 70 Jahre bis auf 75 % (vgl. Beisch/Schäfer 2020).
 - 4 Darüber hinaus wurden vier regionale Samples gezogen, um Menschen zu befragen, die in einer Region leben, in der Energiewendekonflikte virulent sind: in einer Braunkohlregion (Rheinisches Revier und Lausitz) oder in Orten, in deren Umgebung Überlandstromtrassen oder Windkraftanlagen geplant sind. Diese regionalen Samples sind in dieser Auswertung nicht berücksichtigt.
 - 5 Das forsa.omninet-Panel wurde auch ausgewählt, weil im Frühjahr 2022 eine zweite Befragungswelle in den Konfliktregionen durchgeführt wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Befragten an einer zweiten Befragungswelle beteiligen, ist durch die Rekrutierungsmethode und die regelmäßige Ansprache sehr hoch.

Engagement gestellt. Die Befragten wurden unter anderem gebeten, das Funktionieren der Demokratie zu bewerten, ihr Vertrauen in Institutionen einzustufen sowie ihr zivilgesellschaftliches Engagement mit Bezug auf Vereinsmitgliedschaften und politisches Verhalten anzugeben. Ergänzend wurden einige zentrale soziodemografische Merkmale erfasst. Der Fragebogen beruht zu großen Teilen auf bewährten Erhebungsinstrumenten, darunter das soziale Nachhaltigkeitsbarometer zu Fragen rund um Klima, Umwelt und Energiewende (vgl. Setton 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021) und die Mitte-Studie zu antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland (vgl. Zick/Küpper 2021), sowie weiteren Fragen aus anderen Studien. Der Fragebogen wurde in zwei Durchgängen quantitativ und in Interviews qualitativ vorgetestet. Die folgenden Ergebnisse zeigen die ungewichteten Berechnungen auf Grundlage der bundesweiten Stichprobe.⁶

Die Ergebnisse: Vier Grundtypen der Haltung zur Energiewende

Ausgehend von der Annahme, dass es eine breite abstrakte Zustimmung zur Energiewende in der deutschen Bevölkerung gibt, dass aber viele Menschen gleichzeitig die Umsetzung kritisch bewerten, werden die Antworten auf diese beiden Fragen gekreuzt (siehe auch: Teune et al. 2021).⁷ Dadurch ergeben sich vier Grundtypen der Haltung zur Energiewende, die im Folgenden gegenübergestellt werden.

- *Die Zufriedenen* befürworten die Energiewende. Sie sind gleichzeitig auch mit deren Umsetzung zufrieden. In diese Gruppe fallen 10 % der Befragten.
- *Die Unzufriedenen* unterstützen das Transformationsprojekt Energiewende, sie sind aber mit deren Umsetzung unzufrieden. Diese Grundhaltung findet sich bei 40 % der Befragten.
- *Die Ambivalenten* haben sich entweder in Bezug auf die Energiewende insgesamt oder in Bezug auf deren Umsetzung noch kein abschließendes Urteil gebildet. Diese Gruppe ist mit einem Anteil von 44 % die größte.⁸
- *Die Gegner:innen* lehnen die Energiewende ab und kritisieren auch deren Umsetzung. In der Befragung ist diese Haltung mit 6 % am seltensten vertreten.

Wie unterscheiden sich diese Gruppen? Zunächst gibt es signifikante Auffälligkeiten in Bezug auf die Soziodemographie der Befragten. Unter den Männern finden sich deut-

6 Auf eine Gewichtung wurde verzichtet, weil die Werte sich durch eine Korrektur mit Blick auf die soziodemographischen Variablen Alter, Geschlecht und Einkommen nur geringfügig unterscheiden. Für die Einstellungen zur Energiewende erweisen sich politische Faktoren wie die Nähe zu einer politischen Partei als deutlich relevanter. Mit Blick auf diese lässt sich die Stichprobe allerdings nicht korrigieren.

7 Die fünfte Gruppe, die die Energiewende generell ablehnt, aber ihre Umsetzung positiv bewertet, wird hier ausgelassen, da, wie zu erwarten war, nur sehr wenige Befragte (weniger als ein halbes Prozent) in diese Kategorie fallen.

8 In dieser Gruppe gibt es eine größere Unsicherheit über die Einschätzung der Umsetzung als über die Energiewende selbst. Etwa die Hälfte legt sich auf eine Befürwortung der Energiewende fest.

lich mehr Gegner:innen als in den anderen Gruppen, Frauen sind dagegen nur in der Gruppe der Ambivalenten überdurchschnittlich häufig vertreten. Auch das Alter spielt eine Rolle: Unter den Unzufriedenen sind die Jüngeren unter 30 Jahren besonders häufig vertreten. Während sie hier ein Fünftel der Gruppe ausmachen, ist ihr Anteil in den anderen Gruppen nur halb so groß; bei den Gegner:innen sind sie mit nur 5 % noch seltener vertreten. Unter den Gegner:innen ist die Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren stärker vertreten, unter den Zufriedenen sind die über 60-Jährigen in der Mehrheit (52 %). Klare Unterschiede zeigen sich auch in Bezug auf Bildung – wenn man die Befragten danach unterscheidet, ob sie die Hochschulreife erlangt haben oder nicht, findet sich dieser formale Bildungsabschluss eher bei Zufriedenen (43 %) und Unzufriedenen (50 %) als bei Ambivalenten (33 %) und Gegner:innen (34 %). Einkommen spielt dagegen eine nachgeordnete Rolle. Das stellt die Annahme in Frage, dass sich die Haltung zur Energiewende aus der sozialen Lage ableiten lässt, wie häufig in der politischen Debatte suggeriert wird. Anwohner:innen von Energiewende-Anlagen fallen auch nicht signifikant häufiger in eine der Gruppen. Dieser fehlende Zusammenhang ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Gegnerschaft zur Energiewende kein NIMBY-Phänomen ist.

Wie sehen die verschiedenen Gruppen den Klimawandel und inwiefern fühlen sie sich von dieser Entwicklung bedroht? Es verwundert kaum, dass sich diese Einstellungen nach den Grundhaltungen signifikant unterscheiden (s. Tabelle 1): Unter den Gegner:innen der Energiewende halten nur 13 % den Klimawandel für eine menschengemachte Bedrohung. In den anderen Gruppen ist das die klare Mehrheitsmeinung. Varianten der Relativierung des Klimawandels sind dagegen unter den Gegner:innen die Regel. Aber auch unter den Ambivalenten werden solche Haltungen von fast zwei Fünfteln der Befragten vertreten.

Tabelle 1: Nach allem, was Sie wissen, wie schätzen Sie die Änderung des Weltklimas ein? (Angaben in %, Cramer's V=0,2626, N=1.943)

	Zufriedene	Unzufriedene	Ambivalente	Gegner:innen	alle
Eine Änderung des Weltklimas ist gar nicht nachweisbar.	0,5	0	1,9	5,0	1,2
Das Weltklima mag sich ändern, aber das alles bleibt im Rahmen natürlicher Schwankungen.	9,6	3,5	10,7	42,2	9,5
Die Änderung des Weltklimas ist menschengemacht, aber die Folgen werden häufig übertrieben.	12,8	7,6	25,2	39,7	17,5
Die Änderung des Weltklimas ist menschengemacht und eine Bedrohung für uns alle.	77,0	88,9	62,3	13,2	70,2

Noch deutlicher ist das Bild bei der Frage, inwiefern der Klimawandel mit Besorgnis wahrgenommen wird. Während der Prozentsatz derer, die angeben, überhaupt nicht oder nicht sehr besorgt zu sein bei den anderen Gruppen unter oder nah an 10 % liegt (Zufriedene: 9 %, Unzufriedene: 3,5 % Ambivalente: 11,7 %), zeigen sich die Gegner:in-

nen mit 53 % mehrheitlich unbesorgt.⁹ Sehr besorgt oder äußerst besorgt sind in dieser Gruppe nur knapp 7 %. In den anderen Gruppen sind es zwischen 44 % (unter den Ambivalenten) und 77 % (unter den Unzufriedenen).

Da die Notwendigkeit der Energiewende mit dem Ziel, den Klimawandel einzudämmen, so unterschiedlich eingeschätzt wird, verwundert es auch nicht, dass die konkreten Maßnahmen der Energiewende grundsätzlich anders beurteilt werden. Zum Ausstieg aus der Kohleverstromung und dem Ausbau von Windenergieanlagen an Land finden sich in den Gruppen diametrale Einschätzungen. Fast 60 % der Energiewendegegner:innen lehnen einen Ausstieg aus der Kohle ab. In den anderen Gruppen ist die Maßnahme mehr oder weniger Konsens (befürwortet von 90 % der Unzufriedenen und 80 % der Zufriedenen) oder sie wird nur von einer kleinen Minderheit in Frage gestellt (14 % der Ambivalenten). Der Ausbau von Windenergie an Land wird auch nur in der Gruppe der Gegner:innen mehrheitlich in Frage gestellt (53 %). In den anderen Gruppen findet sich eine (bei den Zufriedenen und Unzufriedenen deutliche) Mehrheit zu Gunsten des Windausbaus.

Welche Kritik wird in den verschiedenen Gruppen an der Energiewende vorgebracht? Diese Unterscheidung lässt sich anhand von zwei Fragen vornehmen. Zum einen wurden die Befragten gebeten, die Umsetzung der Energiewende auf einem semantischen Differential als Position zwischen zwei gegensätzlichen Adjektiven zu beurteilen (vgl. dazu auch Setton 2020: 49ff.). Zum anderen wurde die Zustimmung zu mehreren Aussagen abgefragt, in denen die Energiewende kritisiert wird.

Aus dem semantischen Differenzial werden drei zentrale Kritikpunkte an der Energiewende herausgegriffen: Tempo, Kosten und Gerechtigkeit (s. Abbildung 1). Die Gruppe der Gegner:innen äußert sich zu allen Gegensatzpaaren besonders pointiert und mit deutlichem Abstand zu den anderen Gruppen. Sie empfindet die Energiewende als sehr teuer, sehr ungerecht und viel zu schnell. Auch in den anderen Gruppen wird die Energiewende eher als teuer wahrgenommen und auch hier sehen die Befragten Verbesserungsbedarf mit Bezug auf Gerechtigkeit. Allerdings wählen die anderen keine Extrempositionen, sondern äußern ihre Kritik abgeschwächt. Die einzige verhalten positive Einschätzung stammt von den Zufriedenen, die die Energiewende im Durchschnitt weder als gerecht noch als ungerecht wahrnehmen. Die größten Unterschiede zeigen sich in der Beurteilung der Geschwindigkeit der Energiewende. Hier drängen vor allem die Unzufriedenen auf ein höheres Tempo, aber auch die Zufriedenen und die Ambivalenten sehen die Umsetzung als zu langsam an. Die Gegner:innen sind die einzige Gruppe, in der die Energiewende als zu schnell angesehen wird.

Mit Blick auf kritische Aussagen zur Energiewende finden sich wieder Überschneidungen zwischen den Gruppen, aber auch deutliche Unterschiede. Der Aussage »die Bürger/innen werden zu wenig beteiligt« stimmen bis auf die Zufriedenen alle Gruppen mehrheitlich zu. Die mit Abstand deutlichste Zustimmung kommt von den Gegner:innen, unter denen 43 % dieser Aussage voll und ganz zustimmen. Weniger stark, aber mit der gleichen Tendenz stimmen die Befragten der Kritik zu, dass »der Landschafts- und Naturschutz [...] nicht ausreichend berücksichtigt« wird. Hier ist die Zustimmung

9 Diese Zahl schließt die knapp 5 % der Unzufriedenen nicht ein, die einen Klimawandel generell in Frage stellten (s. Tabelle 1). Ihnen wurde die Frage, ob sie der Klimawandel besorgt, nicht gestellt.

Abbildung 1: Adjektive zur Umsetzung der Energiewende nach Grundhaltung. Mittelwerte auf einer siebenstufigen Skala. Bundesweite Befragung (N=1.978)



Quelle: Demokon-Survey, eigene Darstellung.

unter den Gegner:innen nicht ganz so stark, sie liegt aber auch hier vor den anderen Gruppen.

Unterschiede zwischen den Gruppen zeigen sich insbesondere bei zwei Aussagen zur Versorgungssicherheit und zur Gefährdung von Arbeitsplätzen. Dieser Kritik stimmen vor allem die Gegner:innen und die Ambivalenten zu; von den Zufriedenen und den Unzufriedenen werden die Aussagen »Die Energiewende kostet Arbeitsplätze« und »die Versorgungssicherheit wird gefährdet« klar abgelehnt. Für alle Aussagen gilt aber auch, dass die Kategorie »stimme teils zu, teils nicht zu« über alle Gruppen hinweg häufig genutzt wird. Das weist darauf hin, dass die kategorischen Aussagen generell kritisch betrachtet werden, weil sie die komplexe Realität der Energiewende nur unzureichend abbilden.

An dieser Stelle ist es wichtig, zu betonen, dass die Einschätzungen zur Energiewende nicht isoliert stehen. Tatsächlich reiht sich die Kritik an der Energiewende ein in die Lesart anderer Themen. Die Einschätzung der Corona-Schutzmaßnahmen, die in dem Fragebogen als Kontrollvariable abgefragt wurde, folgt einem ähnlichen Muster. Zwei Drittel der Energiewendegegner:innen finden die Coronamaßnahmen »übertrieben« oder »völlig übertrieben«. In den anderen Gruppen liegt dieser Wert zwischen knapp 10 % (bei den Zufriedenen) und 22 % (bei den Ambivalenten). Ein Viertel der Energiewendegegner:innen gibt an, sich in den Auseinandersetzungen um die Coronamaßnahmen politisch engagiert zu haben. Der Anteil ist zwei- bis dreimal so hoch wie in den anderen Gruppen. Haltungen zur Energiewende sind also, zumindest teilweise, auch an andere politische Diskurse gekoppelt. Eine Positionierung in dem einen Politikfeld geht mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer ähnlich gerichteten Positionierung in einem anderen Politikfeld einher.

Das deutet auf generalisierte Einstellungsmuster hin, die eine grundsätzliche Haltung gegenüber dem politischen System und seinen Institutionen unterfüttern. In den vier Gruppen finden sich deutliche Unterschiede in Bezug auf das Vertrauen in staatliche Institutionen, die Bewertung der Demokratie und Annahmen über die Selbstwirksamkeit im politischen Prozess.

Befragt nach dem Vertrauen in die Europäische Kommission, die Bundes- und Landesregierung, Gemeinde- und Stadtverwaltungen, Gerichte und öffentlich-rechtliche

Medien auf einer fünfstufigen Skala,¹⁰ sind es die Zufriedenen und die Unzufriedenen, bei denen sich die höchsten Durchschnittswerte finden. Tatsächlich liegt das Institutionenvertrauen bei den kritischen Unzufriedenen deutlich über dem Durchschnitt. Die Gruppe der Ambivalenten fällt dagegen leicht, um weniger als einen halben Skalenpunkt ab. Deutlich skeptischer sind die Gegner:innen, die sich einen ganzen Skalenpunkt unter dem Durchschnitt finden. Am deutlichsten sind deren Vorbehalte gegen die Bundesregierung und gegen die öffentlich-rechtlichen Medien, denen jeweils 71 % eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen. Bei den öffentlich-rechtlichen Medien ist der Kontrast besonders deutlich: während die Hälfte der Gegner:innen diesen überhaupt nicht vertrauen, liegt der Wert in den anderen Gruppen zwischen 3 (bei den Zufriedenen) und 8 % (bei den Ambivalenten).

Die gleiche Reihenfolge bildet sich unter den Gruppen mit Blick auf die Frage, wie zufrieden sie mit dem Funktionieren der Demokratie sind. Hier haben die Zufriedenen erneut die positivste Wahrnehmung: 88 % von ihnen sind sehr oder ziemlich zufrieden. Unzufriedene und Ambivalente zeigen hier sehr ähnliche Antwortmuster: zwischen 50 und 60 % sind ziemlich zufrieden, ein weiteres Viertel ist nicht sehr zufrieden. Die größte Häufung von Extremwerten findet sich erneut in der Gruppe der Gegner:innen: fast 50 % geben an, überhaupt nicht mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein.

Die Einschätzung der Demokratie findet ihre Entsprechung in der Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit. Keine der Gruppen ist enthusiastisch über ihre Einflussmöglichkeiten. Der Aussage »mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen« stimmt insgesamt nur ein Fünftel zu. Am größten sind die Zweifel erneut in der Gruppe der Gegner:innen, unter denen 43 % der Aussage überhaupt nicht zustimmen können. Optimistisch sind dagegen die Zufriedenen und die Unzufriedenen, die der Aussage in der Mehrheit »eher« oder »teils, teils« zustimmen können.

In früheren Befragungen hat sich die Parteineigung als ein starker Prädiktor von Haltungen zur Energiewende erwiesen (vgl. Setton 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Auch bei der Unterscheidung der Grundhaltungen bestätigt sich dieser Zusammenhang deutlich: Die Gruppe der Zufriedenen steigt eine stärkere Neigung zu den Unionsparteien, die Unzufriedenen neigen vor allem den Grünen und den Linken, aber auch der SPD zu. Die Gegner:innen geben vor allem die AfD, aber auch die FDP häufiger als die Parteien an, die ihnen nahestehen. Unter den Ambivalenten sind die Parteipräferenzen am nächsten am Durchschnitt. Hier dominiert keine Partei, Anhänger:innen der Unionsparteien sind aber leicht überrepräsentiert.

10 Frage: »Wie sehr vertrauen Sie den jeweils genannten Institutionen?« Skala: 1 »voll und ganz« 2 »weitgehend« 3 »teilweise« 4 »eher nicht« 5 »überhaupt nicht«.

Tabelle 2: Parteineigung (Angaben in %, Cramer's $V=0,3093$, $N=1.597$)

	Zufriedene	Unzufriedene	Ambivalente	Gegner:innen	Alle
CDU/CSU	57,0	15,5	40,7	31,2	31,4
SPD	19,4	22,8	23,4	6,5	21,7
AfD	0,6	1,5	6,5	35,5	5,5
FDP	5,5	6,0	8,7	15,1	7,6
Die Linke	2,4	12,1	5,0	9,7	8,0
Bündnis 90/Die Grünen	15,2	42,1	15,7	2,1	25,8

Um zu verstehen, wie stark die Befragten emotional im Feld der Energiewende involviert sind, enthielt der Fragebogen auch eine Frage zu verschiedenen Gefühlen gegenüber der Umsetzung der Energiewende.¹¹ Über alle Emotionen hinweg zeigen die Zufriedenen die geringsten Ausschläge, die Ambivalenten und die Unzufriedenen bewegen sich im Mittelfeld, während die Gegner:innen stark emotional involviert sind – das gilt insbesondere für negative Emotionen. Die Energiewendegegner:innen fühlen sich vor allem machtlos und frustriert, aber auch wütend. Machtlos fühlen sich (allerdings weniger stark) auch die Unzufriedenen und die Ambivalenten. Aber nur die Unzufriedenen geben auch an, frustriert zu sein. Vor allem in den Gruppen, die sich eindeutig kritisch zur Umsetzung der Energiewende positionieren, sind deren Haltungen also auch emotional unterfüttert.

Welche der Gruppen mischen sich aktiv in energie- und klimapolitische Auseinandersetzungen ein? Hier ergibt sich kein eindeutiges Bild, aber doch eine Tendenz. Es sind die kritischen Gruppen, die Unzufriedenen und die Energiewendegegner:innen, die eher geneigt sind, aktiv zu werden. Allen Befragten wurde eine Liste von politischen Aktivitäten vorgelegt, bei denen sie angeben sollten, welche sie bereits genutzt haben, welche sie nutzen würden und welche für sie überhaupt nicht in Frage kämen. Die Liste reichte von der Kontaktaufnahme mit Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung bis zur Blockade.¹² Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (57 %) hatte sich in keiner dieser Formen engagiert. Nur in der Gruppe der Unzufriedenen war die Mehrheit (54 %) in

11 Frage: »Die folgenden Wörter beschreiben unterschiedliche Gefühle und Empfindungen. Wie fühlen Sie sich, wenn Sie über die Umsetzung der Energiewende nachdenken?« Abgefragte Emotionen: »wütend«, »hoffnungsvoll«, »ängstlich«, »frustriert«, »machtlos«. Skala: 1 »äußerst« 2 »erheblich« 3 »einigermaßen« 4 »ein bisschen« 5 »gar nicht«

12 Frage: »Es gibt unterschiedliche Formen, um die eigene Meinung auszudrücken. Wie ist das bei Ihnen, wenn es um die Energiewende geht? Haben Sie in der Vergangenheit eine der folgenden Formen genutzt oder könnten Sie sich vorstellen, das zu tun?« Abgefragte Aktionsformen: »Politiker/innen oder Vertreter/innen der Verwaltung kontaktieren, eine Petition/einen öffentlichen Brief unterzeichnen (online und offline), vor Gericht gegen ein Energiewendeprojekt klagen, Informationen verbreiten (z.B. an Informationsständen/durch das Verteilen von Flugblättern), auf Social Media (z.B. Facebook, Twitter oder Youtube) politisch Stellung beziehen, an einer Kundgebung oder Demonstration teilnehmen, sich mit anderen in einer Bürgerinitiative organisieren, an einer direkten Aktion teilnehmen (wie z.B. eine Blockade oder Besetzung).«

irgendeiner Form aktiv. Knapp über dem Durchschnitt waren die Gegner:innen aktiv, in den Gruppen der Zufriedenen und der Ambivalenten war dies nur etwa ein Drittel. Die am weitesten verbreitete politische Aktionsform ist das Unterzeichnen einer Petition (s. Tabelle 3). Dahinter folgen der Kontakt zu Politik und Verwaltung, die Teilnahme an Protesten und die politische Positionierung auf Social Media. Die Unzufriedenen nutzen Proteste (Cramer's $V=0,1599$) und Petitionen (Cramer's $V=0,1408$) deutlich häufiger, die Gegner:innen nutzen stärker als andere Social Media (Cramer's $V=0,1056$).

Tabelle 3: Verbreitung politischer Aktionsformen (Antworten »ja, habe ich gemacht« in %, $N=1.977$)

	Zufriedene	Unzufriedene	Ambivalente	Gegner:innen	alle
Eine Petition unterzeichnen	21,6	43,2	25,7	27,9	32,5
Auf Social Media Stellung beziehen	8,4	16,7	8,1	23,0	12,5
Politiker:innen oder Verwaltung kontaktieren	13,2	14,4	9,9	14,8	12,3
An einer Demonstration teilnehmen	7,4	20,3	6,2	9,8	12,2
Informationen verbreiten	3,2	4,3	3,0	7,4	3,8
Sich in einer Bürgerinitiative organisieren	4,2	4,3	2,9	3,3	3,6
An einer direkten Aktion teilnehmen	0,5	2,4	1,0	1,6	1,6
Gegen ein Energiewendeprojekt klagen	1,1	0,4	0,5	1,6	0,6

Wenn die Befragten bislang nicht aktiv geworden sind, wie groß ist das Potenzial, dass sie sich in Zukunft engagieren? Die spekulative Abfrage zukünftigen Engagements (in diesem Fall: »könnte ich mir vorstellen«) ist weniger aussagekräftig als Angaben über vergangenes Engagement. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung verteilt sich das Mobilisierungspotenzial unter den Gruppen relativ gleich. Es gibt keine Gruppe, die gegenüber den anderen deutlich abfällt. Ein über alle Gruppen hinweg hohes Potenzial (zwischen 38 und 55 % der Befragten) gibt es für die Kontaktaufnahme zu Verantwortlichen, Petitionen, Proteste und sogar die Organisation in einer Bürgerinitiative. Vor allem die mit hohem Aufwand oder Risiko verbundenen Formen Klage und direkte Aktion können sich die meisten Befragten nicht vorstellen. Ein größeres Klagepotenzial (36 %) gibt es allerdings unter den Energiewendegegner:innen. Dass keine der Gruppen deutlich im Engagement abfällt, zeigt, dass man mit allen rechnen muss und dass keine der Gruppen das Bild beherrscht.

Zusammenfassend lassen sich im Demokon-Survey vier Grundhaltungen gegenüber der Energiewende deutlich konturieren. Mit Blick auf Einstellungen und Parteinähe sind dabei vor allem die Unzufriedenen und die Gegner:innen Antagonisten. Sie vertreten sich widersprechende Haltungen zur Energiewende: Die Unzufriedenen sind frustriert vom bisherigen Verlauf der Energiewende. Sie wollen eine beschleunigte, partizipative und sozial gerechte Transformation, insbesondere den Ausstieg aus der Kohleverstromung und den Ausbau der Windkraftanlagen. Die deutlich kleinere Gruppe der Gegner:innen setzt auf einen grundsätzlich anderen Kurs. Die Befragten in dieser

Kategorie sehen die Energiewende als Gefahr für Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit an. Sie bemängeln ebenfalls Partizipationslücken und fehlende Ansätze zu einer gerechten Gestaltung der Transformation. Den Ausbau von Windkraftanlagen und den Ausstieg aus der Kohle lehnen sie mehrheitlich ab. Dass entsprechende Kursänderungen unwahrscheinlich sind, erzeugt bei den Gegner:innen Gefühle von Machtlosigkeit, Frustration und Wut. Die Zufriedenen stehen inhaltlich auf der Seite der Unzufriedenen, sie sind aber kaum emotional involviert. Sie bewerten die Energiewende in der bisherigen Form positiv und befürworten auch die zentralen Maßnahmen. In mehreren Hinsichten stehen die Ambivalenten zwischen diesen antagonistischen Gruppen. Auch sie sind nicht stark emotional involviert, aber in dieser Gruppe findet sich größere Skepsis gegenüber den Maßnahmen der Energiewende und sie sehen zum Teil deutliche Nachteile. In der großen Mehrheit stimmt auch die Gruppe der Ambivalenten der Energiewende im Prinzip zu, aber wenn die Skepsis größer wird, ist die Zustimmung sicher in dieser Gruppe am ehesten in Gefahr.

Schluss: Haltungen zur Energiewende im Kontext

Die im Feld der Energiewende stattfindenden Auseinandersetzungen sollten nicht als isolierte Phänomene verstanden werden. Sie sind Teil von größeren gesellschaftlichen Orientierungen: Aus einer skeptischen, enttäuschten Haltung gegenüber politischen und gesellschaftlichen Institutionen entsteht eine Gegnerschaft zur Energiewende genauso wie die Gegnerschaft zu Maßnahmen in der Corona-Politik. Das bedeutet nicht, dass diese Haltungen eins zu eins ineinander fallen. Für beide Haltungen kann es sehr wohl unabhängige Motive geben. Aber die Selbstverortung im »epistemischen Widerstand« (vgl. Amlinger 2020) gegen eine als homogen wahrgenommene öffentliche Debatte bildet doch eine Basis, die diesen Oppositionsgestus über verschiedene thematische Felder nährt. Gleiches gilt auf der Seite der Energiewendebefürworter:innen: Auch hier speist sich die Grundhaltung zur Energiewende aus generalisierten Einstellungen und epistemischen Mustern, die auch auf anderen Politikfeldern wirksam werden – nämlich einem Grundvertrauen in die relevanten Institutionen und einer szientistischen Welterklärung, die die Regierungspolitik in der Corona-Krise als angemessen oder sogar unzureichend beurteilt.

Die Befragung zur Energiewende bestätigt die Erkenntnisse aus Befragungen von Demonstrierenden, die mehr oder weniger in zwei Gruppen eingeteilt werden können. Auf der einen Seite findet sich die Haltung einer zuversichtlichen Kritik, die von einem grundsätzlichen Vertrauen in Institutionen, einer optimistischen Einschätzung der Demokratie und einer hohen Selbstwirksamkeitserwartung geprägt sind. Auf der anderen Seite steht eine demokratieverdrossene Kritik, die kaum Vertrauen in Institutionen hat, die Demokratie als dysfunktional und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten als beschränkt erlebt (vgl. Daphi et al. 2021). Nimmt man die Kontrastgruppen von Unzufriedenen und Energiewendegegner:innen, die auch die stärkste politische Aktivität im Feld gezeigt haben, so finden sich bei Ihnen genau diese entgegengesetzten Eigenschaften.

Mit Blick auf die Energiewendegegner:innen können die Ergebnisse der Befragung auch als Ausdruck eines performativen Widerstandsgestus verstanden werden. Der Fragebogen scheint als Möglichkeit verstanden zu werden, die eigene Haltung deutlich zu machen. Während es in der Einstellungsforschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einen Gewöhnungseffekt gibt, in dessen Folge die neutrale Kategorie als Möglichkeit genutzt wird, sich von einer Position nicht zu distanzieren, ohne ihr explizit zuzustimmen, lässt sich mit Blick auf die Energiewende ein anderes Phänomen beobachten: ostentative Zustimmung zu den Extremwerten. Das zeigt sich insbesondere bei der Einschätzung der Fridays for Future, die von knapp 85 Prozent der Energiewendegegner:innen mit dem negativsten Skalenwert beurteilt werden. Damit bestätigt sich zumindest an diesem Punkt die These von Julia Zilles und Stine Marg (2022), dass Klimaaktivismus als Gegenpol zur eigenen Position wahrgenommen wird und damit Ausdruck einer Polarisierung im Feld der Energiepolitik ist.

In ihrer Analyse verschiedener Konfliktkonstellationen in der Geschichte des Ausbaus der Windkraft weisen Dörte Ohlhorst und Susanne Schön (2010) darauf hin, dass immer wieder regulatorische Nachsteuerungen notwendig waren, um Konflikte zu kanalisieren und verschiedene Positionen zu vermitteln. Neben den Technologie- und Strategiekonflikten, den Interessen- und Machtkonflikten sowie den innerökologischen Zielkonflikten drängen sich mittlerweile ideologische Konflikte in den Vordergrund, die sich nicht aus spezifischen Interessenkonstellationen erklären lassen. Wie hier eine Nachsteuerung aussehen kann, ist deutlich schwieriger zu beantworten. Eine Erkenntnis muss dabei am Anfang stehen: die ideologische Überformung der Ablehnung von erneuerbaren Energien wird sich nur sehr bedingt mit Maßnahmen überwinden lassen, die bei der Regulierung von neuen Anlagen ansetzen.

Literatur

- Amlinger, Carolin (2020): »Über das Querdenken. Der epistemische Widerstand der Corona-Proteste«, in: Zeitschrift für Fantastikforschung 8, S. 20-26.
- Beisch, Natalie/Schäfer, Carmen (2020): »Internetnutzung mit großer Dynamik: Medien, Kommunikation, Social Media«, in: Media Perspektiven 9/2020, S. 462-481.
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Teune, Simon (2021): »Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations«, in: German Politics, S. 1-29. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1998459>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Eichenauer, Eva (2018): »Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 315-341.
- Eichenauer, Eva/Reusswig, Fritz/Meyer-Ohlendorf, Lutz/Lass, Wiebke (2018): »Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen«, in: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.), Bausteine der Energiewende, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 633-651.

- Fraune, Cornelia/Knodt, Michèle/Gölz, Sebastian/Langer, Katharina (Hg.) (2019): Akzeptanz und politische Partizipation in der Energietransformation: gesellschaftliche Herausforderungen jenseits von Technik und Ressourcenausstattung, Wiesbaden: Springer VS.
- Geißel, Brigitte (2011): Kritische Bürger: Gefahr oder Ressource für die Demokratie?, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hg.) (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende: Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript.
- Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (Hg.) (2018): Handbuch Energiewende und Partizipation, Wiesbaden: Springer VS.
- Hübner, Gundula/Pohl, Johannes/Warode, Jan/Gotchev, Boris/Ohlhorst, Dörte/Krug, Michael/Salecki, Michael/Peters, Wolfgang (2020): Akzeptanzfördernde Faktoren erneuerbarer Energien, Bonn: Bundesamt für Naturschutz. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.19217/skr551>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Klein, Anna (2013): Kritische Bürger – gute Demokraten? Varianten der Demokratiekritik und deren Determinanten, Saarbrücken: Verlag Dr. Müller.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 539-563.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Anna B. (2013): »Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende«, in: Franz Walter/Stine Marg/Lars Geiges et al. (Hg.), Die neue Macht der Bürger: was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek: Rowohlt, S. 94-138.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte: Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 85, S. 41-51.
- Ohlhorst, Dörte/Schön, Susanne (2010): »Windenergienutzung in Deutschland im dynamischen Wandel von Konfliktkonstellationen und Konflikttypen«, in: Peter H. Feindt/Thomas Saretzki (Hg.), Umwelt- und Technikkonflikte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 198-218.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende, München: Piper.
- Reusswig, Fritz/Eichenauer, Eva/Braun, Florian/Fahrenkrug, Katrin/Franzke, Jochen/Heger, Ines/Ludewig, Thomas/Melzer, Michael/Ott, Konrad/Scheepmaker, Teike (2016): Energiekonflikte – Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende. Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen eines interdisziplinären Forschungsprojekts, Potsdam. Online verfügbar unter: http://energiekonflikte.de/fileadmin/template/Daten/Veranstaltungen/20160825_-_Reusswig_et_al_-_Energiekonflikte_Handlungsempfehlungen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Lass, Wiebke/Bock, Seraja/Schatzschneider, Julia (2021): Populismus und Energiewende, Potsdam und Mönchengladbach. Online verfü-

- bar unter https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke/Bock, Seraja (2020): »Abschied vom NIMBY: Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 140-160.
- Römer, Daniel/Steinbrecher, Johannes (2020): KfW-Energiewendebarmeter 2020. Weiterhin hohe Zustimmung, finanzielle Anreize entscheiden über die Aktivität der Haushalte, Frankfurt a.M. Online verfügbar unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzerntemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Energiewendebarmeter/KfW-Energiewendebarmeter-2020.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Rubik, Frieder/Müller, Ria/Harnisch, Richard/Holzhauser, Brigitte/Schippiges, Michael/Geiger, Sonja (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin: Umweltbundesamt. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018_-_m_3.3_basisdatenbroschuere_barrierefrei-02_cps_bf.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Setton, Daniela (2020): Soziale Nachhaltigkeit wagen – Die Energiewende aus Sicht der Bevölkerung: Eine umfassende Auswertung der Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende 2017 und 2018 mit den Schwerpunkten gerechte Kostenverteilung, Windausbau an Land sowie Digitalisierung und Verbraucherpräferenzen, Potsdam. Online verfügbar unter: https://publications.iass-potsdam.de/pubman/item/item_6000705. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Sonnberger, Marco/Ruddat, Michael (2016): Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Energiewende. Ergebnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung, Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung 34, Stuttgart. Online verfügbar unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/handle/11682/9035>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Teune, Simon/Rump, Maïke/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): Energiewende? Ja, aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung, Potsdam/Mönchengladbach. Online verfügbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_3/component/file_26004/content. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Wolf, Ingo/Fischer, Anne-Kathrin/Huttarsch, Jean-Henri (2021): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2021. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, Potsdam: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Online verfügbar unter: https://snb.ariadneprojekt.de/sites/default/files/medien/dokumente/soziales_nachhaltigkeitsbarometer_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn: Dietz.
- Zilles, Julia/Marg, Stine (2022): »Protest and Polarisation in the Context of Energy Transition and Climate Policy in Germany: Mindsets and Collective Identities«, in: *German Politics*, S. 1-22. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2059469>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.

